

Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

---

Band 24

# Der Trustkampf (1901 – 1915)

Ein Beitrag zum Verhalten der Ministerialbürokratie  
gegenüber Verbandsinteressen im Wilhelminischen Deutschland

Von

Fritz Blaich



Duncker & Humblot · Berlin

**FRITZ BLAICH**

**Der Trustkampf (1901-1915)**

**Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte**

**In Verbindung mit Rudolf Braun, Otto Büsch und Peter Czada**  
**herausgegeben von Wolfram Fischer**

**Band 24**

# **Der Trustkampf (1901-1915)**

**Ein Beitrag zum Verhalten der Ministerialbürokratie  
gegenüber Verbandsinteressen im Wilhelminischen Deutschland**

**Von**

**Prof. Dr. Fritz Blaich**



**D U N C K E R & H U M B L O T / B E R L I N**

**Alle Rechte vorbehalten  
© 1975 Duncker & Humblot, Berlin 41  
Gedruckt 1975 bei Buchdruckerei Richard Schröter, Berlin 61  
Printed in Germany**

**ISBN 3 428 03291 8**

## Vorwort

Der Forschungsstand, von dem die vorliegende Untersuchung ausgeht, und die Ziele, die sie verfolgt, werden in einer Einführung dargelegt. Daher möchte ich mich an dieser Stelle darauf beschränken, allen jenen herzlich zu danken, die das Entstehen dieser Arbeit gefördert haben.

Die Sammlung und die Erschließung des archivalischen Quellenmaterials, auf dem die Darstellung vorwiegend beruht, verdanke ich den Ratschlägen und der unermüdlichen Hilfe der Leiter und der Mitarbeiter des Badischen Generallandesarchivs Karlsruhe, der Abteilung „Allgemeines Staatsarchiv“, „Geheimes Staatsarchiv“ und „Kriegsarchiv“ des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, des Deutschen Zentralarchivs Potsdam, des Staatsarchivs Dresden und des Württembergischen Hauptstaatsarchivs Stuttgart. Die Auswertung der Akten, die in diesen Archiven aufbewahrt werden, erwies sich deshalb als besonders wertvoll, weil die Verbände der deutschen Tabakwirtschaft nicht in der Lage waren, Unterlagen über die wirtschaftspolitische Tätigkeit ihrer Rechtsvorgänger aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zur Verfügung zu stellen. Nützliche Hinweise erhielt ich ferner vom Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und von der Industrie- und Handelskammer Mannheim. Meine Sekretärin, Frau B. Champion, übernahm die Aufgabe der Reinschrift meines Manuskriptes.

Für die Veröffentlichung der Arbeit in der Reihe „Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ bin ich den Herausgebern, vor allem aber Herrn Prof. Drs. Wolfram Fischer, zu Dank verpflichtet.

Regensburg, im November 1974

*Fritz Blaich*



## Inhaltsverzeichnis

<b>I. Einführung: Probleme und Ziele der folgenden Untersuchung .....</b>	<b>11</b>
<b>II. Bedingungen und Voraussetzungen des Trustkampfes .....</b>	<b>15</b>
1. Die Struktur der deutschen Zigarettenmärkte .....	15
a) Die Nachfrage .....	15
b) Das Angebot .....	20
c) Marktstruktur und Marktverhalten .....	26
2. Die Gegner im Trustkampf .....	29
a) Der amerikanische Tabaktrust.....	29
b) Die Verbände der deutschen Tabakwirtschaft .....	33
3. Die „Amerikanische Gefahr“ und die deutsche Wirtschaft 1900 - 1914. Öffentliche Meinung und Wirklichkeit .....	38
<b>III. Der Trustkampf als Problem der deutschen Ministerialbürokratie ....</b>	<b>46</b>
1. Die „Antitrustbewegung“ in den Jahren 1901 bis 1905 .....	46
a) Die Absatzpolitik der Firma Jasmazi AG als Ursache der Auseinandersetzungen .....	46
b) Das Werben der Verbände um staatliche Hilfe im Trustkampf	50
c) Trustabwehr als Mittelstandspolitik: Die Initiative der Deutschen Mittelstandsvereinigung .....	59
2. Das Werben der Verbände um die Unterstützung der Kriegsministerien im Trustkampf in den Jahren 1909 und 1910....	63
3. Die Expansion der „British American Tobacco Company“ auf den deutschen Märkten in den Jahren 1910 bis 1912 .....	68
a) Der Ausbau der Marktstellung der BATC und die Reaktion der Trustgegner .....	68
b) Das Reichsamt des Innern und die Expansionsbestrebungen der BATC .....	74
c) Die Behörden des Großherzogtums Baden und die Expansions- bestrebungen der BATC.....	77
4. Die Ministerialbürokratie und der Verband zur Abwehr des Tabaktrustes .....	80

a) Der Aufbau und die Tätigkeit des Verbandes zur Abwehr des Tabaktrustes .....	80
b) Das Projekt der amtlichen Enquête in Form kontradiktiorischer Verhandlungen über die deutsche Zigarettenindustrie.....	87
c) Das Eingreifen der sächsischen Justizbehörden in den Trustkampf .....	94
d) Die Versuche der Reichsregierung, den Konflikt in der Zigarettenindustrie durch Verhandlungen beizulegen .....	103
e) Das Rohstoffproblem der deutschen Zigarettenindustrie .....	113
f) Der Kampf um die Absatzmärkte im Bereich der Militär- und der Eisenbahnverwaltungen .....	117
5. Der Verlauf des Trustkampfes nach Kriegsbeginn .....	128
a) Die Lage der Trustfirmen nach Kriegsausbruch .....	128
b) Die Versuche der sächsischen Regierung, den Trustkampf zu beenden .....	132
c) Die Versuche des Reichsschatzamtes, den Trustkampf zu beenden	135
<b>IV. Schlußbetrachtung: Der Trustkampf als wirtschaftspolitisches Problem</b>	<b>142</b>
<b>Verzeichnis der benutzten Quellen und Literatur</b> .....	<b>145</b>

## Abkürzungsverzeichnis

ATC	= American Tobacco Company
BATC	= British American Tobacco Company
BDI	= Bund der Industriellen
DMV	= Deutsche Mittelstandsvereinigung
DTV	= Deutscher Tabakverein
HdStw	= Handwörterbuch der Staatswissenschaften
HdSW	= Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
ITC	= Imperial Tobacco Company
Jbb. f. Nat. u. Stat.	= Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
Jb. f. Sw.	= Jahrbuch für Sozialwissenschaft
Jb. f. Wg.	= Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
JGVV	= Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft
KR	= Kartell-Rundschau. Zeitschrift für Kartellwesen und ver- wandte Gebiete
RGBl.	= Reichsgesetzblatt
SVS	= Schriften des Vereins für Socialpolitik
VAT	= Verband zur Abwehr des Tabaktrustes
VDZI	= Verband der Deutschen Zigaretten-Industrie
VDZL	= Verband Deutscher Zigarrenläden-Inhaber
WWA	= Weltwirtschaftliches Archiv
Z. f. d. ges. Stw.	= Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft



## I. Einführung: Probleme und Ziele der folgenden Untersuchung

Die Rolle der Verbände in Wirtschaft und Gesellschaft des „Bismarckreiches“ stellt ein bevorzugtes Forschungsobjekt der modernen deutschen Geschichtsschreibung dar<sup>1</sup>. Man wäre versucht, von einer Modeströmung zu sprechen, gäbe es nicht gewichtige Gründe für das Interesse der Wissenschaft an der Tätigkeit der Verbände dieser Epoche. Den Zeitgenossen nämlich wurden Art und Ausmaß der Einwirkung von Interessengruppen auf Legislative und Exekutive kaum bewußt. Einige Verbände verstanden es zweifellos, ihre politische Aktivität geheim zu halten und ihren Einfluß auf die staatlichen Behörden zu tarnen. Doch davon abgesehen vollzog sich die Einwirkung der Verbände auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik meist auf einer Ebene, die damals dem Einblick der Öffentlichkeit entzogen war, denn der Schriftwechsel einer Behörde etwa, der den Einfluß einer Interessengruppe offen gelegt hätte, blieb nicht allein der Presse, sondern oft auch den Angehörigen der betreffenden Gruppe verschlossen. Überdies war die zeitgenössische Verbandsforschung einseitig entwickelt. Vor allem die Nationalökonomen wandten ihre Aufmerksamkeit bis 1914 fast ausschließlich einer besonderen Spielart der Verbände zu, nämlich den Marktverbänden als Interessengruppen, die auf eine Änderung der Marktbedingungen abzielten. Aber selbst in diesem Bereich gab es noch Abstufungen: Im Mittelpunkt des Interesses standen die Kartelle, am Rande die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände und die Genossenschaften<sup>2</sup>. Die mit Leiden-

---

<sup>1</sup> Die Diskussion über die Verbände im Kaiserreich bis zum Jahre 1969 kommentiert Michael Stürmer, Machtgefüge und Verbandsentwicklung im wilhelminischen Deutschland, in: Neue politische Literatur 14, 1969. Als weitere wichtige Beiträge zur Geschichte der Verbände in dieser Epoche erschienen seither Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897 bis 1918, Köln usw. 1970 und Siegfried Mielke, Der Hansa-Bund 1912 - 1914, Diss. FU Berlin 1972. Eine Reihe von Arbeiten über Verbände entstanden — zwar unter volkswirtschaftlichem und soziologischem Blickwinkel, aber in historischem Rahmen — als Teile eines umfangreichen Forschungsvorhabens, das der Wirtschaftspolitische Ausschuß der „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Sozialpolitik“ durchführt. Hierzu sei auf die laufenden Veröffentlichungen der Gesellschaft verwiesen.

<sup>2</sup> Zur ersten Periode der Verbandsforschung in Deutschland (1890 - 1914) siehe Edwin Buchholz, Interessen, Gruppen, Interessentengruppen. Elemente einer wirtschaftssoziologischen Organisationslehre — unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verbandsforschung, Tübingen 1970, S. 7 ff.

schaft geführte Kartelldiskussion<sup>3</sup> ließ nur wenig Raum für die Erforschung der „Fachverbände, die auf Branchenebene als privatrechtliche Vereine die Interessen der angeschlossenen Unternehmungen nach innen und außen vertreten und über ihre Spitzenorganisationen Einfluß auf die staatliche Wirtschaftspolitik zu nehmen suchen“.<sup>4</sup> Diese Lücke in der Verbandsforschung erkannte Karl Bücher bereits 1900, als er feststellte: „Die Organisation der wirtschaftlichen Interessenvertretung, wie sie seit einigen Jahrzehnten in Deutschland sich in stets wachsendem Umfange vollzieht, ist eine der großartigsten und nach meiner Überzeugung folgenreichsten Erscheinungen des modernen Lebens. Und dennoch ist sie weder in der Presse noch auch in der wissenschaftlichen Literatur bis jetzt genügend gewürdigt worden. Auch die Beteiligten selbst, welche die Träger und Treiber dieser Bewegung sind, überschauen oft nicht die Tragweite und Bedeutung dessen, was sie tun“.<sup>5</sup>

Die Geschichtswissenschaft holt indessen nicht allein ein Versäumnis der Forschung nach, wenn sie versucht, die politische Aktivität der Fachverbände im kaiserlichen Deutschland aufzuzeichnen, sie leistet damit obendrein einen Beitrag für die Verbandsdiskussion in zwei sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen, die dort „abstrakt“, durch die deduktive Bildung wissenschaftlicher Aussagen, die in logischer Beziehung zueinander stehen, geführt wird. In der Wissenschaft von der Politik, mehr aber noch in der Theorie der Wirtschaftspolitik — als Teildisziplin der Volkswirtschaftslehre — steht dabei die Frage nach den wirtschaftspolitischen Funktionen der Fachverbände, nach den Möglichkeiten und Grenzen der Vertretung des Gruppeninteresses gegenüber dem Staat im Brennpunkt der wissenschaftlichen Diskussion<sup>6</sup>. Wenn Vertreter der wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik heute darüber klagen, daß die Einwirkung der Verbände auf die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik sich „weitgehend in einem Halbdunkel“ vollziehe, „das von der wissenschaftlichen Forschung bisher nur ungenügend aufgehellt werden konnte“<sup>7</sup>, so liegt es nahe, theoretische Erörterungen über das Verbandsproblem auch anhand historischer Erfahrungen zu überprüfen.

<sup>3</sup> Einen Eindruck von den Auseinandersetzungen unter den deutschen Nationalökonomien über die Kartellfrage vermittelt die Arbeitstagung über das Kartellproblem, die der „Verein für Socialpolitik“ am 27./28. 9. 1905 zu Mannheim durchführte und die zur längsten Debatte führte, die eine Vereinstagung bis dahin erlebt hatte. SVS 116, 1906.

<sup>4</sup> Die Definition stammt von Egon Tuchfeldt, Bemerkungen zur Verbandsdiskussion, in: Jb. f. Sw. 13, 1962, S. 80.

<sup>5</sup> Karl Bücher, Die Interessenvertretung. Vortrag, gehalten in der Generalversammlung des Zentralverbandes der Lederhändler Deutschlands zu Leipzig am 22. 4. 1900, in: Ders., Die Entstehung der Volkswirtschaft. Vorträge und Aufsätze, 2. Sammlung, 7. Aufl. Tübingen 1922, S. 387.

<sup>6</sup> E. Tuchfeldt, a. a. O., S. 82.

<sup>7</sup> Theodor Pütz, Die ordnungspolitische Problematik der Interessenverbände, in: Jb. f. Sw. 11, 1960, S. 251.

Trotz der Bedeutung einer historisch ausgerichteten Verbandsforschung mag man gegen die folgende Studie, die sich mit der Politik der Verbände der deutschen Tabakwirtschaft gegen das Eindringen des amerikanischen Kapitals in die Zigarettenindustrie befaßt, einwenden, diese Verbände seien gemessen an den „beiden Prototypen der großen Interessenverbände der Besitzenden im Kaiserreich vor 1914“<sup>8</sup>, dem „Bund der Landwirte“ und dem „Zentralverband deutscher Industrieller“, im Hinblick auf die Gestaltung der Politik Organisationen, die man getrost vernachlässigen könne<sup>9</sup>. Tatsächlich aber erwuchsen aus den Forderungen der Verbände der Tabakwirtschaft, die diese an Verwaltung und Regierung richteten, Probleme grundsätzlicher Art, welche insbesondere die Rolle des Verbandswesens in Wirtschaft und Politik, dann aber auch das Verhalten des Staates gegenüber der Verbandspolitik beeinflußten. Für diese Fragen, die den Bereich der eigentlichen Wirtschaftspolitik bald überschritten und auch die Finanz-, Innen- und Außenpolitik erfaßten, mußten die Beamten in den „Reichsämtern“ und in den Ministerien Badens, Bayerns, Preußens, Sachsen und Württembergs eine Lösung finden. Die Gegenüberstellung von Verbandsinteressen und -forderungen auf der einen, Zielsetzungen und Gegenhandlungen der Ministerialbürokratie<sup>10</sup> auf der anderen Seite bildet daher den Schwerpunkt der folgenden Untersuchung.

Im übrigen erregte die Auseinandersetzung in der deutschen Zigarettenindustrie — schon die Zeitgenossen sprachen vom „Trustkampf“ — wenigstens auf ihrem Höhepunkt zwischen 1912 und 1914 in der Öffentlichkeit Aufsehen. Der Machtkampf führte zu Anfragen im Reichstag und in den Parlamenten der Bundesstaaten, und die Presse beschäftigte sich ausführlich mit ihm<sup>11</sup>. Der zu dieser Zeit bereits bekannte national-liberale Parlamentarier und Verbandsfunktionär Gustav Stresemann

<sup>8</sup> Hans-Jürgen Puhle, Der Bund der Landwirte im Wilhelminischen Reich — Struktur, Ideologie und politische Wirksamkeit eines Interessenverbandes in der konstitutionellen Monarchie (1893 – 1914), in: W. Rüegg, O. Neuloh (Hrsg.), Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1971, S. 143.

<sup>9</sup> Einen Überblick über das Verhältnis von Interessenverbänden und politischen Parteien vor 1914 bietet Thomas Nipperdey, Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: Politische Vierteljahrsschrift 2, 1961.

<sup>10</sup> Der Ausdruck „Ministerialbürokratie“ wird in den folgenden Ausführungen völlig wertneutral auf die Beamenschaft in den Ministerien angewandt, der aufgrund ihrer Sachkompetenz und auf ihrer ohne Rücksicht auf wechselnde Regierungen fortlaufenden Geschäftsführung eine Schlüsselposition innerhalb der Exekutive des Wilhelminischen Deutschland zukam. Vgl. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 1. Halbband, Köln usw. 1965, S. 162 ff. und Theodor Eschenburg, Staat und Gesellschaft in Deutschland, München 1965, S. 715 f.

<sup>11</sup> Vgl. z.B. die Sammlung einschlägiger Presseartikel im Reichsamt des Innern. DZA Potsdam, RAI 7170, Fasz. 1 u. 2.